

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stabibank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327.  
Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in R.M.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 R.M., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tagezeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Weidischhütte, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in R.M.): Die 7gespaltene 35 mm breite Reizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reizeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“  
„Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Widersprechen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisstützung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 212

Bad Schandau, Donnerstag, den 10. September 1931

75. Jahrgang

## Rüstung oder Vertrauen

In Genf steht zur Zeit die Schicksalsfrage Europas, der Welt zur Besprechung: die Abrüstung. Sie wurde aufgeworfen durch die Rede des italienischen Außenministers Grandi, die in dem Vorschlag von allgemeinen Rüstungsferien ausklang. Er hat sich dabei die deutsche These zu eigen gemacht. „Durch Abrüstung zur Sicherheit“. Zu gleicher Zeit wurde vom Generalsekretariat des Völkerbundes die deutsche Note veröffentlicht, die als Beantwortung zu den Angaben über den deutschen Rüstungsstand am 28. August d. J. dem Völkerbund zugeht. Diese Note hebt noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt Deutschlands zur Bestimmung der Rüstungsstärken der einzelnen Länder hervor. Dieser Standpunkt ist auf den Vorschlag Englands auf der letzten Sitzung des Völkerbundsrates nicht anerkannt worden. Deutschland verlangte nämlich zur vergleichenden Feststellung der Rüstungen der Welt ein Schema, das nicht nur die Ist-Stärke der stehenden Heere, sondern auch die Kampfstärke der mobilisierten Heere, also einschließlich der ausgebildeten Reservisten und der Bestände der Waffen- und Reserveparks, aufzählt. Das ist, wie gesagt, durch einen englischen Vorschlag abgelehnt worden, der wiederum unter dem französischen Druck zustandekam. Deutschland hätte an sich nicht notwendig gehabt, über seinen Rüstungsstand Angaben zu machen, da dieser durch das Versailler Diktat vorgegeben und, wie in der Note hervorgehoben wird, noch nicht einmal völlig ausgefüllt ist. Wenn Deutschland trotzdem den Fragebogen ausfüllte, dann unter dem Gesichtspunkt, der Welt zu zeigen, wie geringfügig die deutsche Rüstung zu Lande und zu Wasser gegenüber den Rüstungen der übrigen Länder ist. Es ist ein Zufall, daß in diesen Tagen eine Schrift als Manuskript bekannt wird unter dem Titel: „Der Weg, den Deutschland gehen muß wenn es leben will“. Der Verfasser nennt sich ein Freund Deutschlands und führt den Namen Guillermo Klammer. Er ist deutscher Gebürtis, aber seit Jahrzehnten im Ausland, vornehmlich in Chile, als Wirtschaftler tätig. Seine Ausführungen, die er im Interesse Deutschlands, Europas und der Menschheit macht, sind eine zweifellos aus heißem Herzen kommende Mahnung an Deutschland, den Weg zur Verständigung mit Frankreich zu suchen und unter allen Umständen zu gehen. Mit manchen Darlegungen wird man als Deutscher nicht ohne weiteres einverstanden sein können; vom Blickfeld des im Ausland lebenden Wirtschaftlers aber erscheint seine Mahnung, die auch an Frankreich gerichtet wird, und ihre Begründung berechtigt. Man muß sich erst in seinen Gedankengang und in seine politische Überlegung hineindenken, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß er es wirklich aufrichtig und ehrlich mit Deutschland meint. Nach allem, was das deutsche Volk in den letzten zwei Jahrzehnten erlebt und ertragen hat, ist es schwer, dem Verfasser zu folgen, wenn er sagt: „Die Welt wartet auf Deutschland... Wenn Deutschland Frieden will, wenn es ihn so will, daß alle, auch Frankreich es glauben, wird Frieden in dieser Welt sein und dieser Friede wird bleiben.“

Der Verfasser glaubt auch, einen Weg zeigen zu können. Er ist überzeugt, daß der Artikel 231 des Versailler Diktats zu Unrecht die Alleinverantwortung Deutschlands am Weltkrieg feststellt. Dennoch meint er, daß in der Welt „nur sehr beiläufig die Frage interessiert, ob Deutschland von 1871 bis 1914 vorbereitet hat“. Die Welt von 1931 wolle wissen, „ob sie mit dem heutigen Deutschland leben kann, mit ihm oder ohne es oder gar gegen es leben soll“. Nachdem Frankreich die große Last zum Frieden verfaßt hat, ist die Bahn für Deutschland frei. So meint Guillermo Klammer, der Deutschland beschwört, trotz allem den Weg zur Verständigung mit Frankreich zu suchen und alles zu tun, um diese Verständigung zu erreichen. Die Zeit der Machtpolitik hält der Verfasser für überwunden und gerade weil Deutschland heute im Kreise der Völker waffenlos dastehe, deshalb erwache Deutschland die Mission, „der gewaltigen Menschheitsidee der Abrüstung“ zum Siege zu verhelfen.

In der Schrift wird weiter versucht, dem deutschen Volke klarzumachen, weshalb Frankreich sich der Abrüstung widersetzt: „Frankreichs Ruf nach Sicherheit“ ist nichts anderes als Furcht vor der „Rache“ Deutschlands. Da es selbst den Weltkrieg als Revanchekrieg geführt hat, glaubt es, daß Deutschland sich auf einen Revanchekrieg vorbereitet. Frankreich und alle haben Furcht, weil sie bei Deutschland den Rachegedanken vermuten. „Sie haben heute im Grunde alle ein schlechtes Gewissen wegen Versailles; denn sie wissen, daß dieser „Vertrag“ ein Erzeugnis blinder Hoffen, ein Pakt der Rache, ein Diktat der wildesten Kriegspolizei war, eines Zustandes, der längst im Grunde von ihnen allen gewichen ist. Wer aber kann erwarten und verlangen, so fragt Klammer, daß die eben noch Siegreichen und dem Befiegten auf hohen Piedestal der Völkermoral Entgegentretenden heute freimütig erklären: Wir sind zu weit gegangen, wir gingen über das Recht des Siegers hinaus; wir haben — unklug gehandelt?“

Nicht alles, was der Verfasser ausführt und nachweist, wird in Deutschland restlos anerkannt werden können. Seine Überzeugung, daß Frankreich bei rückhaltlosem Verständigungswillen und positiven Verständigungsbeweisen Deutschlands sich schon wegen der drohenden bolschewistischen Gefahren nicht einer ehrlichen Verständigungspolitik entziehen könne, erinnert uns gar zu sehr an Deutschlands Friedensangebot auf Grund der 14 Wilsontpunkte. Als wir waffenlos waren, diktierte man uns den Frieden. Troh-

dem finden sich in der Broschüre dankens- und bemerkenswerte Gedanken. Es finden sich auch gewisse Berührungspunkte mit der eingangs erwähnten Abrüstungsnote Deutschlands, dort nämlich, wo er sagt:

„Die Abrüstung Deutschlands bis auf die Ziffern der ihm belassenen militärischen Kräfte macht die riesenhafte Rüstung Frankreichs zu einem taghastigen zwecklosen Kriegerverband, gegen dessen nutzlose Existenz selbst alle einschichtigen Franzosen schließlich aufstehen werden.“

## Durch Abrüstung zur Sicherheit

Italiens Vorschlag im Mittelpunkt des Interesses — In Frankreich regt sich starker Widerspruch

### Kommt der Rüstungsstillstand?

Vertrauliche Besprechungen in Genf.

Genf, 10. September.

Der vom italienischen Außenminister Grandi in seiner großen Rede in der Dienstagvormittagsitzung der Vollversammlung vorgebrachte Vorschlag, die weiteren Rüstungen bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz auszusetzen, ist bereits Gegenstand verschiedener vertraulicher Besprechungen. Es handelt sich, wie hervorgehoben wird, zunächst nur um eine allgemeine Anregung, nicht um einen konkreten Vorschlag auf Abschluß eines dahingehenden Abkommens. Man nimmt aber allgemein an, daß die italienische Abordnung im Abrüstungsausschuß der Völkerbundversammlung die vorgebrachte Anregung in der Form eines praktischen Vorschlages einbringen wird.

In Frage käme die Erörterung eines während der Vollversammlung abzuschließenden Abkommens, in dem die Mächte sich verpflichteten, während der Dauer der Abrüstungskonferenz keine weiteren Rüstungen vorzunehmen, oder lediglich eine allgemeine Empfehlung der Völkerbundversammlung an sämtliche Mächte, einen zeitweiligen Stillstand in den weiteren Rüstungen eintreten zu lassen.

Ueber die Hintergründe des italienischen Vorschlages liegen zunächst nur Vermutungen vor. Jedoch verläutet, daß der italienische Vorschlag nicht ohne Uebereinstimmung mit der amerikanischen Regierung erfolgt ist. Der italienische Vorschlag hat, wie zu erwarten war, eine geteilte Aufnahme gefunden und wird zweifellos im Falle eines praktischen Antrags auf starken Widerstand der französischen Staatsgruppe stoßen.

Allgemein kommt die Erwartung zum Ausdruck, daß die deutsche Abordnung den italienischen Vorschlag, der vollständig in der Linie der deutschen Abrüstungspolitik liegt, unverzüglich aufnehmen und die italienische Initiative unterstützen wird. Es ist daher zu erwarten, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius in seiner bevorstehenden Rede vor der

Vollversammlung für den italienischen Vorschlag eintreten wird.

Ein Stillstand in den Rüstungen bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz, die nach den bisherigen Plänen kaum vor Ende des Jahre 1932 beendet würde, würde sofort praktisch zu einer wesentlichen Entlastung der Militärausgaben aller Staaten führen und auf der anderen Seite zu einer Festlegung der Staaten auf die Abrüstungsverpflichtungen. In den weiteren Verhandlungen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage wird jedenfalls nun der italienische Vorschlag einen breiten Raum einnehmen.

### Abrüstung — Reparationen

Die römischen Blätter bezeichnen die Rede des italienischen Außenministers als grundlegend und aufbauend. „Giornale d'Italia“ erklärt, die Abrüstung habe vor allem ein unmittelbar finanzielles Gesicht. Wenn man die Gesamtausgaben der Welt für militärische Zwecke in Gold berechne, ergebe sich die eineinhalbfache Summe der militärischen Vorkriegsspesen, trotz des Verschwindens der beiden Militärstaaten Deutschland und Oesterreich-Ungarn sowie der militärischen Verkleinerung Bulgariens und der Türkei und uneingerechnet der sowjetrussischen und der heutigen chinesischen Heeresmacht. Sämtliche europäischen Staaten, mit Ausnahme Englands, hätten nach dem Kriege ihre Heeresausgaben erhöht, und die Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie verlangten immer neue Militärkredite und gäben mehr aus, als ihre Ursprungsländer vor dem Kriege. Die Vereinigten Staaten Amerikas, die früher fast gar keine Militärausgaben gehabt hätten, hätten jetzt eine Militärbilanz von 12 Milliarden Lire (rund 2,5 Milliarden Rm.).

Die Abrüstung könne demnach als ein entscheidendes Moment für die vollständige Lösung der Schuldenfrage und der Reparationen gelten. Das Jahr 1932 künde sich nicht nur als das Abrüstungsjahr an, sondern auch als das der allgemeinen Revision der finanziellen mit dem Krieg noch zusammenhängenden Verpflichtungen.

### Im Zeichen der „Abrüstung“

Bau eines neuen französischen Schlachtschiffes.

London, 10. September.

Das französische 23 000-Tonnen-Schlachtschiff, dessen Bau das französische Parlament im Juni wegen Fehlens technischer Einzelheiten die Zustimmung verweigert hatte, soll, wie der Marine-Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus guter Quelle erfährt, auf die Tagesordnung der nächsten Kammer Sitzung gesetzt werden.

Wenn die Kredite für dieses Schiff bewilligt würden, so bedeute das das Ende des Baufrierjahres für Schlachtschiffe, da seit der Inangriffnahme der englischen Schiffe „Rodney“ und „Nelson“ im Jahre 1922 kein derartiges Schiff mehr auf Stapel gelegt worden sei.

Der Korrespondent fügt hinzu, daß durch den Bau eines Schwesterschiffes der „Deutschland“ sich die Gründe für die Aufstapellegung des französischen Schiffes verstärkt hätten. Der englische Korrespondent vergißt aber zu sagen, daß Deutschland innerhalb der vom Versailler Vertrag gezogenen Grenzen nicht nur zwei Panzerschiffe auf Stapel haben dürfte, sondern bereits sämtliche sechs Panzerschiffe, die ihm im Versailler Vertrag zum Ersatz der veralteten Linienschiffe zugestanden worden sind, bereits fertiggestellt haben dürfte. Nichtsdestoweniger hat sich Deutschland bisher mit der Fertigstellung eines einzigen Schiffes begnügt, das überdies nur 10 000 Tonnen groß ist. Das im Jahre 1924 beschlossene französische Marinebauprogramm sieht dagegen den Bau von jährlich 50 000 Tonnen neuer Schiffe vor.

Wenn man bedenkt, daß die gesamte deutsche Flotte eine Tonnage von nur 125 000 Tonnen hat, so ergibt sich daraus,

### Für eilige Leser.

\* Am Freitag findet in Berlin eine Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft statt.

\* Wie in Paris zuverlässig verläutet, soll François-Poncet den Berliner Vorkonferenzposten am 20. September antreten.

\* Wie in gut informierten französischen Kreisen verläutet, soll die französische Regierung angeblich die Absicht haben, dem im Oberbefehl verhafteten Professor Schmidlin auf dem Wege eines Gnadenaktes freizugeben.

\* Ministerpräsident Mac Donald brachte im Unterhause ein Gesetz ein, durch das die Regierung zum Erlaß von Kabinettsverfügungen, sogenannten „Orders in Council“ (Notverordnungen d. Red.) zu dem Zwecke ermächtigt wird, Einsparungen in den aus öffentlichen Geldern zu bestreitenden Ausgaben zu erzielen und Verbesserungen in der Art und Weise der Begrenzung der Ausgaben herbeizuführen.

\* Der christlichsoziale Bundesparteirat in Wien, der aus sämtlichen Bundesländern besetzt war, hat am Mittwoch nach einer parteiamtlichen Verlautbarung beschlossen, an der verfassungsmäßig vorgesehenen Wahl des Bundespräsidenten festzuhalten und als Kandidaten hierfür den gegenwärtigen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas aufzustellen.

\* Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß der russische Außenminister Litwinow kurz vor seiner am Dienstag erfolgten Abreise aus Genf eine dreitägige Unterredung mit dem französischen Handelsminister hatte, in der ausschließlich die französisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen zur Sprache gekommen seien.